

Fraktion CDU/Bund für Magdeburg im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg

Stadtrat Gunter Schindehütte

Rede zur Aktuellen Debatte

"Beteiligung der Landeshauptstadt Magdeburg an den Kostenaufwüchsen im ÖPNV der MVB"

Stadtratssitzung am 2. Mai 2013

[Es gilt das gesprochene Wort]

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Stadträte und Stadträtinnen
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Vertreter der Medien,

diese heute von den Fraktionen Die Linke/Tierschutzpartei und Bündnis 90/Die Grünen populistisch inszenierte Debatte ist in meinen Augen Wahlkampf pur. Alle Stadträte so wie wir hier sitzen, aber auch die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt wissen, dass die MVB GmbH und Co. KG ein Unternehmen ist, welches betriebswirtschaftlich arbeiten muss. Hier kann auch der Stadtrat bestehende wirtschaftliche Realitäten nicht einfach aushebeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ganz klar: Steigen die Kosten, warum auch immer, z.B. durch Inflation, steigende Zinsaufwendungen, Leistungsverbreiterungen, müssen zusätzliche Erträge diese Aufwendungen decken. Nach den gesetzlichen Regelungen des Handelsgesetzbuches sollte dabei möglichst noch ein Gewinn übrig bleiben. In der Gesamtbetrachtung kann hiervon bei den MVB natürlich nicht wirklich die Rede sein.

In unserem Fall, um den es hier heute geht, haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MVB im Verbund mit den Beschäftigten der Verkehrsbetriebe aus Dessau, Halle/Saale und dem Burgenlandkreis eine tarifliche Steigerung bei den Tarifaufsetzungen erkämpft.

Dazu möchte ich sagen, dass ist auch ihr gutes Recht. Unser Tarifsystem beruht darauf, dass zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein Tarif ausgehandelt wird. Die erbrachte Leistung der Mitarbeiter muss entsprechend entlohnt werden.

Dies ist ein fester Bestandteil unserer demokratischen Gesellschaft und ein Teil des Erfolgsmodells der sozialen Marktwirtschaft, wie sie durch den damaligen CDU-Wirtschaftsminister und späteren Bundeskanzler Ludwig Erhard eingeführt wurde. Unsere soziale Marktwirtschaft beweist auch gerade heute wieder, wie robust und funktionsfähig sie unter schwierigen Rahmenbedingungen ist.

Jetzt zu Ihrem Ansinnen sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte der Fraktion Die Linke/Tierschutzpartei und Bündnis 90/Die Grünen.

Das ist ganz klar, was Sie hier vorhaben, ist ein Eingriff in ein funktionierendes System der nicht ohne schwerwiegende Folgen bleiben kann.

Wir haben eine Betrauungsvereinbarung zwischen den beiden Partnern MVB und Landeshauptstadt Magdeburg, worin deutlich die Leistungen beschrieben wurden und auch der Preis errechnet und verhandelt wurde.

Diese gilt es einzuhalten, ansonsten kann man natürlich diese auch kündigen.

Wir als Stadt könnten neu verhandeln oder europaweit ausschreiben. Wer will das?

Wer will hier einen ausländischen Großkonzern, der vermutlich über Lohndumping seine Kosten niedrig hält? Wer derartige Forderungen aufstellt, wie Sie es getan haben, geht genau dieses Risiko bewusst oder unbewusst ein.

Ihre Forderung die Stadt als Gesellschafter soll die erhöhten Aufwendungen die zum Beispiel aus dem erwähnten Tarifabschluss entstanden sind einfach ausgleichen, ist in diesem Kontext nicht ohne Folgen für die Betrauungsvereinbarung umsetzbar.

Es würde aus meiner Sicht auf eine Subvention hinauslaufen, die gegen das geltende europäische Beihilferecht verstoßen würde.

Wie bereits dargestellt, bin ich, wie auch meine Fraktion, der Auffassung, dass nun das Unternehmen gefragt ist, Vorschläge zu unterbreiten, wie die Erträge gesteigert und die Aufwendungen gesenkt werden können, um die erwähnten Mehraufwendungen auszugleichen.

Aber meine sehr geehrten Mitglieder der Fraktionen Die Linke/Tierschutzpartei und Bündnis 90/Die Grünen, ich wüsste auch gar nicht, wie aus dem städtischen Haushalt die geforderte Zuschusserhöhung finanziert werden sollte.

An welcher Stelle wollen Sie die Ausgaben kürzen meine Damen und Herren?

In der Kultur, zum Beispiel bei den Theatern, im Jugendhilfebereich, bei den Schulen oder wo? Oder wollen Sie die kommunalen Steuern erhöhen?

An dieser Stelle sei auch daran erinnert, dass wir hier nicht allein über die MVB sprechen.

Was ist mit Verkehrsverbund MAREGO?

Darüber sollte man erst einmal nachdenken, bevor man einen solchen populistischen Antrag stellt - wir haben das und lehnen diesen daher ab.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere MVB ist gut aufgestellt und das wird auch durch externe Dritte bestätigt. Und es gibt eine Betrauungsvereinbarung, die von beiden Seiten einzuhalten ist.

Ich erinnere Sie und uns an dieser Stelle, dass wir den MVB jährlich rund 16 Millionen Euro zahlen.

Richtig ist, dass das Unternehmen durch eigene Stärke die Aufwandssteigerungen ausgleichen muss.

Falsch ist, eine Subventionspolitik, wie sie, meine Damen und Herren aus den beantragenden Fraktionen, dies fordern.

Wir, die Fraktion CDU/Bund für Magdeburg im Stadtrat stimmen gegen den Antrag, den Sie hier gestellt haben.

Es muss oberes Ziel sein, dass wir unsere kommunale Selbstverwaltung nicht aufgeben. Wir müssen den gemeinsam begonnenen Weg der Haushaltskonsolidierung weitergehen. Lassen Sie uns zu unserem Beschluss vom September 2011 zur Haushaltsdisziplin stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein ausgeglichener Haushalt bei einer Kommune ist heute keine Selbstverständlichkeit. Wir sollten dieses Ergebnis unserer gemeinsamen, oft schmerzhaften Bemühungen jetzt nicht einfach aufs Spiel setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, statt populistische Anträge zu stellen und dabei auf den Applaus der Öffentlichkeit zu hoffen, sollten wir in diesem Gremium gemeinsam dafür streiten und diskutieren, dass unsere MVB ihre Aufgaben erfüllen kann, ohne dabei vom eingeschlagenen haushaltspolitischen Kurs der Konsolidierung abzukommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit